



BID fordert neue Wege beim Klimaschutz: „Wohnen muss bezahlbar bleiben!“

Immobilienexperten diskutieren beim BID-Jahresempfang mit Bundesbauministerin Dr. Barbara Hendricks und der parlamentarischen Staatssekretärin Iris Gleicke (BMWi)

Berlin, 26. Januar 2017. „Die Immobilienbranche bekennt sich zu ihrer Vorreiterrolle beim Klimaschutz und wird auch künftig einen großen Beitrag leisten“, erklärte **Andreas Ibel**, Vorsitzender der BID und Präsident des BFW Bundesverbandes, beim gestrigen Jahresempfang der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland in Berlin. „Wir werden die Energiewende aber nur schaffen, wenn Wohnen klimafreundlich und bezahlbar bleibt! Deshalb ist es unabdingbar, dass die wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Klimaschutzplanes 2050 unverzüglich evaluiert und die richtigen Maßnahmen ergriffen werden. Dies könnte ein Weg sein, um die Immobilienwirtschaft wieder an den Tisch des gemeinsamen Bündnisses für bezahlbares Wohnen und Bauen zu bringen.“ Wie erfolgreich man sei, wenn man gemeinsam an einem Strang ziehe, habe sich schließlich erst kürzlich bei der Verabschiedung der Baugesetzbuch-Novelle gezeigt, so Ibel.

In ihrer Rede zum BID-Jahresauftakt dankte Bundesbauministerin **Dr. Barbara Hendricks** der BID für die bisherige Zusammenarbeit und würdigte den großen Beitrag, den die Immobilienbranche bislang zum Klimaschutz geleistet hat. Bauen und Klimaschutz könnten selbstverständlich nur Hand in Hand gehen. Immer müsse auch die Wirtschaftlichkeit im Auge behalten werden, damit bezahlbarer Wohnraum entstehen könne. Deshalb gelte es nun, gemeinsam tragfähige und pragmatische Lösungen zu erarbeiten.

Iris Gleicke, Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, betonte: „Wer Klimaschutz ohne Rücksicht auf die soziale Balance in unserer Gesellschaft durchziehen will, gefährdet den sozialen Frieden und die Akzeptanz der Energiewende. Wir müssen wieder mehr Wohnungen bauen, aber wir müssen sie auch zu verträglichen Kosten bauen. Wir wollen keinen Zielkonflikt zwischen unseren Klimaschutzzielen im Gebäudesektor und unserem Anspruch, dass Bauen und Wohnen bezahlbar bleibt. Deshalb muss die Wirtschaftlichkeit im Energieeinsparrecht die wichtigste Messlatte unseres Handelns sein.“

Die Präsidenten der BID-Mitgliedsverbände übergaben Bauministerin Hendricks ein Gutachten, in welchem die Auswirkungen von verschärften energetischen Vorgaben für Mieter, Eigentümer und Bauherren analysiert werden. Das Ergebnis ist alarmierend, so Ibel: „Mit dem KfW 55-Standard verteuern sich die Gestehungskosten um 10 Prozent und die Nutzungskosten pro Quadratmeter und Monat um rund

c/o BFW Bundesverband Freier
Immobilien- und
Wohnungsunternehmen e.V.
Französische Straße 55
10117 Berlin

www.bid.info

Leiter BID-Büro:
Florian Geyder
Tel.: 030 / 32781-250
Mobil: 0173 / 596 70 86
florian.heyder@bid.info

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin des BFW
Tel.: 030 / 32781-110
marion.hoppen@bfw-bund.de

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

DDIV Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss

einen Euro. Es wird also richtig teuer – auch für Mieter mit kleinem Geldbeutel. Die Ziele der Energiewende rücken so in weite Ferne!“

Auch die umweltökonomische Bilanz von verschärften Vorgaben sei verheerend, führte Ibel weiter aus: Während sich die Kosten pro eingesparter Tonne CO₂ für die Industrie auf lediglich 5 bis 8 Euro belaufen, sind es im Gebäudereich bis zu 1.100 Euro pro Tonne. „Die Energieeinsparung im Gebäudesektor ist also um ein Vielfaches teurer als in anderen Sektoren. Hier lässt sich der Bedarf von mehr bezahlbarem Wohnraum nicht mit den höchst ehrgeizigen Klimaschutzziele vereinbaren. Verlierer sind all jene, die auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind!“

Deshalb sei es unabdingbar, neue Wege und Lösungen für bezahlbaren Klimaschutz zu suchen, so der BID-Vorsitzende. Dieser Weg könne nur über mehr Freiräume, Technologieoffenheit und permanentes Weiterentwickeln führen. Die Innovationskraft der Branche dürfe deshalb nicht durch restriktive Vorgaben und immer engere Rahmenbedingungen erstickt werden. Dementsprechend setzt sich die BID dafür ein, den in der nächsten Legislaturperiode geplanten Niedrigstenergie-Gebäudestandard für private Gebäude auf Basis der EnEV 2016 zu definieren. Eine Verschärfung der Auflagen würde Bauen und Wohnen weiter verteuern.

Das BID-Gutachten kann auf der Internetseite www.bid.info heruntergeladen werden.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info